

Gründungsmythos Wyhl

Der kleine südbadische Ort Wyhl am Kaiserstuhl ist zum »Erinnerungsort« der deutschlandweiten Anti-AKW-Bewegung und der baden-württembergischen Grünen geworden. Wyhl steht nicht nur für die rund 50 Jahre dauernde Debatte über die zivile Nutzung der Atomkraft in Deutschland, sondern auch für neue Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements und des Protests gegen die Großprojekte einer als technokratisch empfundenen Modernisierungspolitik. Darüber hinaus ist Wyhl als politischer Ort in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Als am 18. Februar 1975 Bauern-, Winzer- und Fischerfamilien zusammen mit Studenten aus Freiburg den Bauplatz für das geplante Atomkraftwerk besetzten, wurde deutlich, dass hier die städtisch geprägten Neuen Sozialen Bewegungen ein Bündnis mit den Betroffenen vor Ort eingegangen waren, um sich - nicht zuletzt mit stark regionalem Impetus - gegen den Plan der Stuttgarter Landesregierung zu wehren. Mit dem alemannischen »Nai hämmer gsait!« schuf sich die Protestbewegung ein langlebiges und stilbildendes Motto. Die jahrelangen Auseinandersetzungen um das geplante AKW Wyhl sollten den Aktivisten zeigen, dass ziviler Widerstand gegen die Interessen von Politik und Wirtschaft organisierbar ist. Die »Volkshochschule Wyhler Wald«, untergebracht in einem einfach zusammengeziimmerten »Freundschaftshaus«, war dabei nur eines der zahlreichen Modelle, die bundesweit Nachahmer fanden. Für die Bauplatzbesetzer, die rund neun Monate hier lebten, war sie Ausbildungsort, Konzertbühne und internationale Begegnungsstätte des längst schon grenzüberschreitenden Protests. Aber auch die Protestsongs des Liedermachers Walter Mossmann wurden schnell zum identitätsstiftenden Faktor der Anti-AKW-Bewegung im »Dreyeckland«. Bedeutsam war der Protest in Wyhl aber auch deshalb, weil er, anders als in Grohnde, Brokdorf oder Gorleben¹, friedlich blieb. Für zahlreiche Aktivisten war Wyhl der Zugang zu den Grünen, bei denen sie Mitbegründer und bald auch »Urgesteine« werden sollten.

Gegen den Atomstaat

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ist im wahrsten Sinne des Wortes Bewegung in die politische Landschaft gekommen, auch in Baden-Württemberg. Erste Versuche, eine »Grüne Partei Umweltschutz« (GPU) zu gründen, gehen bereits im Dezember 1977 auf den »Remstal-Rebellen« Helmut Palmer zurück. Aber zu der von ihm einberufenen Gründungsversammlung in Tübingen unter dem Motto »Es gibt kein Bürgerrecht im Atomstaat!« waren gerade einmal drei Besucher gekommen, davon zwei Journalisten. Ergebnislos blieb auch ein wenig später unternommener erneuter Versuch in Reutlingen. Erfolgreicher waren da schon die Bemühungen bereits bestehender Kleinparteien aus dem Spektrum der konservativen Naturschützer, sich mit einzelnen Bürgerinitiativen zusammenzutun. So wurde Ende des Jahres 1978 in Freiburg ein Kreisverband der »Grünen Aktion Zukunft« (GAZ) gegründet. Der Initiator der Gesamtpartei war der aus der CDU ausgetretene und nun fraktionslose Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl, der mit seinem Buch *Ein Planet wird geplündert* seit 1975 großen Einfluss auf die bundesdeutsche Ökologiebewegung ausgeübt hatte. Im Mai 1979 wurde dann in Stuttgart der entsprechende Landesverband gegründet, der weitere kleine und konservativ ausgerichtete Naturschutzparteien zur Fusion aufrief. Ebenfalls um den Jahreswechsel 1978/79 trafen sich in Leonberg 26 Gründungsmitglieder, um eine dieser konservativen Naturschutzparteien, die »Grüne Liste Umweltschutz« (GLU) auch in Baden-Württemberg aus der Taufe zu heben.

(aus: Reinhold Weber/Rezzo Schlauch: Keine Angst vor der Macht. Die Grünen in Baden-Württemberg, Köln: Emons 2016, S. 20-22 (Auszüge))

¹ Ebenfalls Standorte, die mit dem Protest gegen Kernenergie verbunden waren (bei Hamburg und in Niedersachsen).